

# Neun Leitfragen für die Zukunftswerkstatt „Arbeit – Umwelt – Innovation“

Unterlage für die erste Sitzung des Wirtschaftspolitischen Rates am  
16.03.2010 in Berlin

## Inhaltsverzeichnis

(1) Was ist das Leitbild von sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik und welche Begrifflichkeiten sind hierfür zentral? .....	2
(2) Was ist eine „sozialdemokratische Ordnungspolitik“, die die Anforderungen von nachhaltiger Wertschöpfung, ökologischer Innovation und sozialer Gerechtigkeit klar und verlässlich vereint? .....	3
(3) Welche Bedingungen braucht ein erfolgreicher Industriestandort Deutschland? .....	5
(4) Was ist unsere Strategie für eine stärkere Binnenwirtschaft und Verteilungsgerechtigkeit? .....	9
(5) Wie beleben wir Investitionen? .....	12
(6) Wie erneuern wir das Innovationssystem des „Modells Deutschland“? .....	14
(7) Wie machen wir den Finanzsektor endlich zum Diener der Realwirtschaft und zu einem verlässlichen Eckpfeiler einer „Sozialen Marktwirtschaft“? .....	17
(8) Wie lösen wir die krisenbedingten Zielkonflikte zwischen Zins-, Haushalts-, Konjunktur- und Sozialpolitik? .....	18
(9) Was ist Europas Strategie gegen die öffentliche Schuldenkrise und für eine bessere wirtschaftspolitische Koordinierung? .....	20

## **(1) Was ist das Leitbild von sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik und welche Begrifflichkeiten sind hierfür zentral?**

Ziel der Zukunftswerkstatt Arbeit – Umwelt – Innovation ist es, die „Deutungshoheit“ der SPD in der Wirtschaftspolitik zu etablieren. Die Entwicklung von fortschrittlichen Programmen und effektiven Maßnahmen ist hierfür das Eine. Mindestens genauso wichtig ist aber der übergreifende Bogen, der Blick auf die höhere Ebene: Welcher Vision folgt eigentlich die Wirtschaftspolitik der SPD? Aus welchen Ideen und Werten leiten sich ihre Maßnahmen und Programme ab?

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Ideologie der uneingeschränkten Marktgläubigkeit endgültig entkräftet. Nach der Krise kann und muss die Sozialdemokratie die Meinungsführerschaft in Wirtschaftsfragen gewinnen. Um Meinungsführerschaft in der Gesellschaft zu verankern, bedarf es eines verständlichen und glaubwürdigen Leitbilds, das den Bogen über sozialdemokratische Wirtschaftspolitik spannt. Dieses Leitbild muss unsere wirtschaftlichen Ziele und Werte (reale Wertschöpfung, ökologische Nachhaltigkeit, sozialer Ausgleich und Teilhabe) mit unseren Vorschlägen sichtbar verknüpfen, es muss unsere Absichten und Forderungen in verstehbaren Zusammenhang mit unserer Tradition stellen, von Schiller und Schmidt zur Modernisierung und Ökologisierung unter Rot-Grün. Es muss Markt und Staat klare Rollen zuweisen, in deutlicher Abgrenzung zu wirtschaftsliberalen oder staatsbürokratischen Ansätzen, und es muss den Konsumenten als bewusstes, nach mehr Lebensqualität strebendes Subjekt einbeziehen. Ein solches Leitbild muss aus der Partei entstehen und sich in ihr verankern, es muss sich in Fachdiskussionen, Medien und Öffentlichkeit verbreiten, damit im nächsten Wahlkampf der Boden bereitet ist, um „Wirtschaftskompetenz“ für die SPD geltend zu machen.

*Was ist dieses Leitbild? Wie lässt es sich auf einem Bierdeckel erzählen?*

Geeignete, einprägsame und konsistent genutzte Begrifflichkeiten sind entscheidend, um unser Leitbild zu verankern und um einem jeden unserer wirtschaftspolitischen Vorschläge eine kohärente Erklärung geben zu können. Wir müssen zentrale Begriffe identifizieren, die unsere Sache bestmöglich benennen, und diese dann konsequent öffentlich setzen und verwenden. Welcher Begriff steht im Zentrum: „Fortschritt“? „Nachhaltigkeit“? „Qualitatives Wachstum“? Welches Wachstum wollen wir: „soziales“ oder „nachhaltiges“ Wachstum? „Gutes“ oder „neues“ Wachstum? Sprechen wir von „Fairness“ oder „Gerechtigkeit“? Wie beschreiben wir unseren Wirtschaftsrahmen: durch „Soziale Marktwirtschaft“? „Guten Kapitalismus“? „Sozialdemokratische Ordnungspolitik“?

*Was sind die zentralen Begrifflichkeiten sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik?*

Eventuell könnte sich das wirtschaftliche Leitbild entlang einer Erzählung vom „neuen Wachstumsbegriff“ entfalten. Eine solche Herangehensweise will weg vom BIP als

dominante Messlatte für wirtschaftlichen Erfolg hin zu einem ganzheitlichen Indikator, der Aspekte von Lebensqualität, Umwelt, Zeitressourcen, Bildungsniveau und Teilhabe vereint. Qualitatives Wachstum rückt die eigentlichen Ziele unseres Wirtschaftens zurück ins Zentrum. Allerdings machen auch konservative Politiker Avancen in das Feld des qualitativen Wachstums – siehe z.B. Sarkozys Vorstoß mit der Sen-Stiglitz-Fitoussi-Kommission. Funktionieren kann dieser Weg also nur, wenn wir ihn distinktiv sozialdemokratisch erzählen können.

*Was ist unser Wachstumsverständnis? Brauchen wir andere oder zusätzliche Indikatoren, um gesellschaftlichen Fortschritt und Lebensqualität zu messen?*

Unter dem zu formulierenden Leitbild soll die Zukunftswerkstatt Arbeit - Umwelt – Innovation ein wirtschaftspolitisches Programm für die Sozialdemokratie zu erarbeiten, das auf dem Parteitag 2011 zu beschließen ist. Dieses Programm soll auch ein steuer- und abgabenpolitisches Konzept beinhalten. Eckpunkte sollen bereits auf dem Parteitag 2010 beraten werden. Die Leitfragen für eine solche mittelfristige Strategie werden im Folgenden unter (2) bis (7) entwickelt.

Kurzfristig geht es darum, eine aktuelle Antwort auf die anhaltende ökonomische Krise zu formulieren: Leitfragen (8) und (9). Auch wenn ihre Maßnahmen kurzfristig orientiert sein mögen, muss sich eine nachhaltige Anti-Krisen-Strategie aus der mittelfristigen Logik von (2) bis (7) herleiten.

## **(2) Was ist eine „sozialdemokratische Ordnungspolitik“, die die Anforderungen von nachhaltiger Wertschöpfung, ökologischer Innovation und sozialer Gerechtigkeit klar und verlässlich vereint?**

Um auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zurückzukehren, braucht die Wirtschaft eine neue, verlässliche, verbindliche und verständliche Ordnung. Willkür, Privilegierung und Verschuldung in der schwarz-gelben Finanzpolitik beweisen: Union und FDP geben mit ihrer Klientelbefriedigung eine gerechte Ordnungspolitik preis. Unser sozialdemokratisches Gerechtigkeitsverständnis gebietet, dass die politische Einzelmaßnahme sich aus einer gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Sicht erklären muss.

Außerdem laufen ohne einen neuen Ordnungsrahmen der Märkte –insbesondere der Finanzmärkte – proaktive Politikinstrumente gegen die Krise ins Leere und es droht den Staaten ein ständiger Rückfall in die Retterposition bei neuerlichem Marktversagen. Ein sozialdemokratischer Ordnungsrahmen ist daher notwendig, wenn auch nicht allein ausreichend.

Ein sozialdemokratisches Verständnis von Ordnungspolitik muss die wesentlichen Aspekte unseres wirtschaftlichen Leitbilds (s. Frage (1)) verkörpern. Seine Grundprinzipien könnten sein:

- Investitionen ankurbeln statt Spekulationen befeuern: etwa durch Steuererleichterungen für Forschung und Entwicklung im Mittelstand sowie Steuererhebung auf Finanztransaktionen. Unternehmensbesteuerung, die Arbeit und Re-Investition von Gewinnen gegenüber Shareholder-Value begünstigt.
- Wertschöpfung stärken statt Wertabschöpfung belohnen: Wir brauchen eine neue Kultur der Nachhaltigkeit in der Unternehmensführung. Vergütungssysteme müssen so gestaltet werden, dass der langfristige Unternehmenserfolg über kurzfristiger Gewinnmaximierung steht.
- Anreize für sparsamen Umgang mit Energie und Ressourcen setzen und den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft beschleunigen, auch im Steuerrecht.
- Beim Übergang von ehemaligen Monopol- zu Wettbewerbsmärkten (Telekom, Post, Strom, Gas, Eisenbahn) muss Qualitätswettbewerb gesichert sein. Einen Lohndumping-Wettkampf werden wir nicht zulassen.
- Nicht zuletzt: Eine gerechte Gestaltung des Systems von Löhnen, Steuern und Abgaben, die verhindert, dass die Einkommensspaltung unsere Gesellschaft zerreißt und unsere Wirtschaft schwächt. Geringe Einkommen sind vor allem von Sozialabgaben zu entlasten, Mindestlöhne müssen Sozialdumping auf Kosten der Allgemeinheit verhindern. Löhne müssen steigen, hohe und höchste Einkommen müssen einen gerechten Anteil an Zukunftsinvestitionen und öffentlicher Daseinsvorsorge tragen.
- Die öffentlichen Haushalte müssen nachhaltig finanziert werden. Finanzpolitische Nachhaltigkeit wird sicherlich die größte Herausforderung von Schwarz-Gelb und bietet, wie sich jetzt schon mehrfach gezeigt hat, große Angriffsfläche. Um diese Kritik aufrecht erhalten zu können, darf die SPD ihre eigene Haushaltsglaubwürdigkeit nicht aufs Spiel setzen.

*Was ist das integrierte Steuern- und Abgabenkonzept, das diese Anforderungen unter einem Dach vereint? (Vorarbeiten in der **Projektgruppe Steuer- und Abgabenkonzept**)*

Doch sozialdemokratische Ordnungspolitik entsteht im Zusammenspiel von Steuern und Abgaben mit öffentlicher Nachfrage, Investitionen, Lohn-, Mindestlohn- und Arbeitsmarktpolitik.

*Welche grundlegenden Politikpfeiler gehören neben Steuern und Abgaben in die Formulierung eines umfassenden und verständlichen Ordnungsrahmens?*

Ein wichtiger Teil des sozialdemokratischen Ordnungsrahmens muss unser Konzept von nachhaltiger und gerechter Unternehmensführung sein. Ein traditioneller Eckpfeiler dieses Konzepts liegt in einer starken Sozialpartnerschaft und der betrieblichen und Unternehmensmitbestimmung. Dieser Pfeiler hat sich in der Krise ganz besonders bewährt und seine Relevanz in der breiten Öffentlichkeit verteidigt. Nur zwei Beispiele Dieter Hundt am 25.11.2009: „Mein Ziel ist es dass die Tarifbindung in unserem Lande wieder wächst“ – Handelsblatt 26.11.2009: „Der Stimmungsumschwung der Arbeitgeber hat vor allem mit den Erfahrungen zu tun, die die Firmen in der Krise mit den Gewerkschaften gemacht haben.“ Wir müssen uns die Frage stellen, welche Aspekte der Mitbestimmung und Demokratie am Arbeitsplatz wir in Reaktion darauf weiter stärken wollen. Hierfür sollte man die grundsätzliche Diskussion über wirtschaftliche Demokratie und gemischtwirtschaftliche Ansätze revitalisieren. Darüber hinaus müssen wir zeigen, welche Aspekte neben der Sozialpartnerschaft zu den Grundlinien guter Unternehmensführung gehören – von Aufsichtsratsregeln zu Bilanzierungsstandards.

*Was sind die Grundlinien guter und nachhaltiger Unternehmensführung – von Bilanzierungsstandards bis zu Vergütungssystemen? Welche Stärken der deutschen Sozialpartnerschaft sollten wir weiter ausbauen?*

### **(3) Welche Bedingungen und Maßnahmen braucht ein erfolgreicher Industriestandort Deutschland?**

Die wirtschaftliche Kernstärke Deutschlands liegt im erfolgreichen Zusammenspiel aus produzierendem Gewerbe und produktionsnahen Dienstleistungen. Gemeinsam erbringen Industrie und industrienaher Dienstleistungen mehr als die Hälfte der Wirtschaftsleistung in Deutschland. Knapp 90 % aller Aufwendungen für Forschung und Entwicklung entfallen auf die Industrie. Wesentlich für den Erfolg auf den Märkten ist das Zusammenspiel von kleinsten bis hin zu großen Unternehmen entlang der wichtigen Wertschöpfungsketten.

*Wie können wir die Innovations- und Beschäftigungspolitik mit regionaler Strukturpolitik verbinden? Welche Erfahrungen gewinnen wir aus bestehenden Clusteransätzen? Welche neuen Instrumente sind nötig, die produzierenden und verbundenen Dienstleistungsbranchen angemessen sind?*

Energie- und Materialeffizienz wird der zentrale Wettbewerbsfaktor im neuen Jahrzehnt. Rohstoffe werden knapper, doch die weltweite Nachfrage steigt. Laut Internationaler Energie-Agentur, Energy Information Administration und Global Insight ist für 2020 ein Ölpreis zwischen 60 und 180 US-Dollar pro Barrel zu erwarten. Der derzeitige krisenbedingte Investitionsstau bei der Ressourcenerschließung kann langfristig zu Preissteigerungen beitragen. Das

bedeutet, dass nur durch massive Einsparungen im Umgang mit Materialien und Energie nachhaltiges Wachstum der Weltwirtschaft möglich ist und die schlimmsten Folgen des Klimawandels abgewendet werden können.

In der Vergangenheit haben deutsche Unternehmen hauptsächlich auf die Effizienz des Faktors Arbeit hingearbeitet. Mit Erfolg: Die Arbeitsproduktivität hat sich seit 1960 vervierfacht und zu deutschen Exporterfolgen beigetragen. Doch im neuen Jahrzehnt rückt ein anderer Wettbewerbsfaktor in den Vordergrund: Energie- und Materialeffizienz. In der Industrie machen Energie- und Materialkosten mittlerweile rund die Hälfte des Bruttoproduktionswerts aus, während der Anteil der Arbeitskosten von 1997 bis 2007 um fast ein Drittel auf 18,5 Prozent gesunken ist. Die Einsparung von Energie und Material ist deshalb nicht nur eine ökologische Frage. Sondern in Energie- und Materialeffizienz liegt das Potenzial für substantielle Kosteneinsparungen und für entscheidende Wettbewerbsvorteile.

Die Potenziale solcher „Umweltrenditen“ sind enorm. Branchenstudien und Praxisbeispiele ergeben, dass im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland insgesamt mindestens 20% der Energie- und Materialkosten eingespart werden können. Bei Anwendung innovativer Maschinen und Steuerungstechnologien, durch systematische Prozessverbesserungen und ressourceneffiziente Optimierung der Produktkonstruktion beläuft sich das Sparpotenzial auf mindestens 150 Milliarden Euro jährlich.

*Die Frage ist: Was sind die konkret geeigneten Instrumente, um effektive Anreize für Einsparungen in Unternehmen und Haushalten zu setzen? Wie kann der öffentliche Sektor selbst einsparen?*

*Welchen Beitrag kann das Steuerrecht zur Ökologisierung von Wirtschaft und Gesellschaft leisten?*

*Was ist die Zukunft des Emissionshandels? Brauchen wir Branchendialoge mit der Wirtschaft auf nationaler und europäischer Ebene, um schneller sektorale Emissionssenkungsziele zu erzielen?*

Wir müssen diese Instrumente der Ressourceneffizienz einbetten in eine übergreifende energiepolitische Strategie. Sie hat zwei Eckpfeiler: Erstens, die SPD steht zum Atomausstieg. Zweitens, die SPD steht zum Industriestandort Deutschland. Wir müssen eine klare Antwort geben, wie wir beide Ziele verbinden. Energieeffizienz im Produktionsprozess ist ein Teil der Antwort. Ebenso wichtig ist die Effizienz der Energieerzeugung und –übertragung. Das Thema „Smart Grid“, also intelligente Stromnetzsteuerung, ist dafür von zentraler Bedeutung. Hiervon hängt ab, ob wir die erneuerbaren Energien zügig als grundlastfähige Strombasis etablieren können. Wir müssen dafür sorgen, dass erneuerbare Energien aus Gegenden mit viel Wind und Sonne möglichst verlustarm eingespeist und zu den Verbrauchern transportiert werden. Wir müssen Energiemanagementsysteme bei den Verbrauchern einrichten. Ziel ist ein intelligentes Stromnetz, das Verbrauchs- und Erzeugungsprofile auswertet, verknüpft und optimal koordiniert. Ein intelligentes

Stromnetz ist auch Grundbedingung für den Ausbau der dezentralen Energieerzeugung, der neue Impulse zur Regionalentwicklung liefern kann.

Obwohl viele der nötigen Technologien verfügbar sind, bleiben wir in interessanten, aber letztlich isolierten Pilotprojekten stecken. Denn es gibt keine koordinierte Strategie der großen Übertragungsnetzbetreiber. Hier ist Politik als Ziel- und Rahmengerber gefragt.

*Welchen regulatorischen Rahmen brauchen wir, um den Aufbruch in ein intelligentes Stromnetz zu schaffen? Gelingt ein Smart Grid – mit Blick auf Projekte wie z.B. Seatech oder Desertec – nur auf der europäischen und internationalen Ebene? Sollte sich die Politik an Investitionen beteiligen und, wenn ja, auf welcher Ebene – etwa Deutsche Netz AG oder die TEN-E-Mittel?*

Die Zukunftsvision eines modernen Industriestandorts baut auf höhere Ressourceneffizienz und die Grundlastfähigkeit der Erneuerbaren Energien. Doch unser energiepolitisches Konzept muss auch den Weg zu diesem Ziel gestalten. Dafür müssen wir den Zielkonflikt zwischen Anreizen für Effizienz und Erneuerbaren, Versorgungssicherheit, wettbewerbsfähigen Energiepreisen und unserem klaren Bekenntnis zum Atomausstieg lösen. Insbesondere müssen wir die Rolle des Energieträgers Kohle für diese Übergangszeit klären. Die Verminderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen weltweit und in Deutschland hängt heute und in dieser Anpassungszeit maßgeblich davon ab, wie effizient Kohle verstromt wird. Die deutsche Kraftwerkstechnik ist mit Wirkungsgraden von bis zu 50 Prozent Weltspitze. Wir müssen politische Rahmenbedingungen schaffen, die Planungssicherheit und Konkurrenzfähigkeit ermöglichen, sodass diese technischen Potenziale genutzt werden können.

*Welche Investitionen in effiziente Kohlekraftwerke sind notwendig? Wie schaffen wir Planungssicherheit?*

*Welche Rolle wird CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -speicherung (CCS) spielen? Welche politische Rahmensetzung und Unterstützung braucht die CCS-Technologie?*

Der oben beschriebene Megatrend zur Ressourceneffizienz wird nicht nur ein Schlüssel zum Klimaschutz und ein wichtiger Wettbewerbsfaktor, sondern er bietet neue Markt- und Exportchancen für die deutsche Industrie. Umweltschonende, ressourceneffiziente Technologien und Dienstleistungen werden zur entscheidenden neuen Wachstumschance, insbesondere für den Mittelstand. Autos mit neuen Antrieben, Maschinen und Anlagen mit weniger Energieverbrauch, hochmoderne Grundstoffe und neue Produktionsprozesse und die dazu notwendige Software. Roland Berger schätzt, dass sich das gesamte Marktvolumen für „CleanTech“ bis 2020 auf über 2,2 Billionen Euro verdoppeln wird. Der Fortschritt entsteht in branchenübergreifenden Systemlösungen. Diese Erkenntnis ist wichtig. Denn daraus folgt: Neue Technologien werden die klassische Industrie auch in Zukunft nicht verdrängen. Im Gegenteil: In Traditionsbranchen wie Grundstoffindustrien, Maschinen-, Anlagen- und Automobilbau und in unternehmensnahen

Dienstleistungen wie Logistik und IT-Dienstleistungen liegt ein integraler Bestandteil für die Entwicklung und Anwendung neuer Technologien für neue Zeitalter der Energie- und Rohstoffeffizienz.

Gute Politik kann wirtschaftliche Entwicklungen maßgeblich prägen. Durch die ökologische Industriepolitik der rot-grünen Bundesregierung hat sich die deutsche Umweltwirtschaft eine starke Position in der Welt erarbeitet und beschäftigt bei uns im Land bereits 1,8 Millionen Menschen. Deutschland ist mit 16 Prozent Welthandelsanteil Exportweltmeister für Effizienztechnologien.

*Welche neuen, maßgeschneiderten industriepolitischen Maßnahmen braucht es heute, um Deutschland in den Leitmärkten voranzubringen?*

*Wie sorgen wir dafür, dass Deutschland die industriellen Kompetenzen für die kritischen Komponenten der Elektromobilität entwickelt – Grundstoffe, Lithiumionen-Batterien, Brennstoffzellen, IT/Software? Wie bauen wir die notwendigen Infrastrukturen für Wasserstoff und Batterieaufladung auf? Wie und wann müssen wir Kaufanreize setzen, um den Marktdurchbruch in Deutschland zu ermöglichen?*

*Wie kann der deutsche Maschinen- und Anlagenbau zum Ausrüster für effiziente Automatisierungs- und Steuerungstechnik und Ressourcenmanagement werden? Wie stützen wir die essentielle, innovationstreibende Rolle der Unternehmenssoftware im deutschen Produktionscluster?*

*Wie begleiten wir die notwendige gesellschaftliche Diskussion über die wichtigsten ökologischen Innovationsfelder (zum Beispiel anhand von Front-Runner-Programmen)? Wie kann die öffentliche Hand durch umweltbewussten öffentlichen Einkauf selbst die Nachfrage für CleanTech ankurbeln und welche CleanTech-Initiativen sollten auf EU-Ebene verfolgt werden?*

Damit wir zum Ausrüster der Welt für die Effizienz-Revolution werden, muss die nächste Welle neuer Technologien und neuer Unternehmen aus Deutschland kommen. Dafür muss es uns gelingen, die Gründungsdynamik und Venture Capital ankurbeln. Die Basis dafür ist gut: Die nächste Gründungswelle entsteht nicht in den Garagen, in denen Microsoft, Google und Apple gegründet wurden. Bei der Industrialisierung neuer Technologien sind andere Dinge entscheidend: neues technologisches Know-How und breite Produktionserfahrung. Diese Unternehmensgründungen brauchen Begleitung durch „gestandene“ Unternehmen, mit Kapital und Produktionserfahrung. „Corporate Venture Capital“, also Wagniskapitalfonds größerer Unternehmen, sind hierzu der Schlüssel.

*Wie sichern wir die Finanzierung neuer CleanTech-Gründungen und wie etablieren wir insbesondere eine Kultur von technologieorientiertem „Corporate Venture Capital“ in Deutschland? (Abstimmung mit **Managerkreis** der FES)*

#### **(4) Was ist unsere Strategie für eine stärkere Binnenwirtschaft und Verteilungsgerechtigkeit?**

Deutschlands Wohlstand baut auf eine starke und insbesondere exportstarke Industrie. Gerade in Traditionsbranchen wie Chemie, Maschinen- und Automobilbau hält der Exporteur Deutschland Weltmarktanteile zwischen 10 und 17 Prozent. Durch die Modernisierung des Industriestandorts (siehe Frage (3)) kann Deutschland in Zukunft neue Exportmärkte erobern und seine Exportstärke verteidigen.

Doch die Kehrseite von Deutschlands Exportstärke in den letzten Jahren war die Schwäche seiner Binnenwirtschaft. Die inländische Nachfrage trug immer weniger zum Wachstum bei, der private Konsum stagnierte. Die überproportionale Abhängigkeit von internationaler Nachfrage machte Deutschland auch verwundbarer im Zusammenbruch der Weltwirtschaft. Seit Beginn der realwirtschaftlichen Krise im Herbst 2008 verzeichnen exportorientierte Länder deutlich stärkere Wachstumseinbußen als Spanien, Großbritannien und selbst die USA.

Da Deutschland seine Exportstärke der letzten Jahre nicht durch eine gleichfalls starke Importnachfrage ausgeglichen hat, trug unser Handelsüberschuss zu den wachsenden globalen Ungleichgewichten von Handels- und Kapitalströmen bei. Auf der anderen Seite standen Defizitstaaten wie z.B. den USA, die ihren starken Importkonsum durch Kapitalströme aus Exportländern finanzierten. Die Nettoauslandsverschuldung der USA erreichte 2007 40 Prozent ihrer Gesamtwirtschaft und war ein Vorbote der jetzigen Wirtschaftskrise.

In Zukunft muss Deutschland seine wirtschaftlichen Stärken besser ausbalancieren, indem es zunehmend auch auf eine starke Binnenwirtschaft setzt. Die Eckpfeiler für diesen Prozess sind klar. Das Prinzip heißt: „Wachstum durch Gerechtigkeit“. Denn die Krise zeigt, dass Wachstum und Gerechtigkeit kein Widerspruch sind, sondern einander bedingen. Wer viel hat, spart, was oben drauf kommt. Wer wenig hat, nutzt jeden zusätzlichen Euro für grundlegende Ausgaben. Daher stärkt eine gerechtere Einkommensverteilung unsere Binnenwirtschaft. Die politischen Grundzüge auf diesem Weg sind für die SPD eindeutig – in starkem Gegensatz zum schwarz-gelben Weg: Wir fordern einen flächendeckenden Mindestlohn. Wir brauchen starke Gewerkschaften und eine Stärkung der Mitbestimmung und des Flächentarifvertrages, um gute Löhne und insgesamt eine steigende Lohnquote zu erreichen. Wir fordern Löhne, von denen man leben kann, und wehren uns gegen die systematische Aufstockung von Billiglöhnen durch staatliche Zuschüsse. Wir befürworten die Orientierung der Lohnentwicklung an der Produktivitätsentwicklung. Und wir sehen in besserer Bildung und Weiterbildung die Grundlage für langfristiges Produktivitätswachstum und steigende Einkommen.

*Doch das allein macht noch keine Strategie. Im genauen Gegenteil zu den USA, brauchen wir eine überzeugende Strategie, wie wir mehr daheim konsumieren und investieren als unsere Ersparnisse fast gänzlich zu exportieren.*

*Brauchen wir eine Erneuerung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes bzw. eine des „magisches Vierecks“ (ergänzt um weitere Kriterien)? Welche Instrumente sind auf nationaler Ebene noch aktuell? Was muss europäisch geleistet werden?*

*Welche Akzente und Anreize kann der Staat setzen (z.B. Mindestlöhne, Tariftreue im Vergaberecht und Lohnpolitik im öffentlichen Dienst) und welche zusätzlichen regulatorischen Eingriffe zur Stärkung von Tarifverträgen sind notwendig? (Erleichterung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen? Zwangsmitgliedschaften in Tarifverbänden?)*

*Wie können wir Binnennachfrage und Verteilungsgerechtigkeit durch eine verzahnte Steuer- und Sozialpolitik stärken? Welchen Beitrag kann aktive Arbeitsmarktpolitik leisten? (Abstimmung mit **Zukunftswerkstatt „Gut und sicher leben“**) Wie kann der Staat Einfluss nehmen auf das Qualitätsniveau und Professionalität und damit auf Produktivität und Einkommen aus heimischen Dienstleistungen?*

Ein stärkerer Binnennachfrage ist zudem eine Grundbedingung für das Wachstum von heimischen Dienstleistungssektoren. Um erstarkender heimischer Nachfrage auch ein erstarkendes heimisches Angebot entgegensetzen zu können, müssen wir in diesem Segment die Leitmärkte der Zukunft identifizieren und gezielt fördern.

Das wesentliche Wachstumfeld liegt hier in Gesundheit und Pflege. Wir müssen gesellschaftliche Alterung nicht als Wachstumsbremse, sondern Wachstumschance begreifen. Das Gesundheitswesen hat sich auch in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten als Beschäftigungsmotor erwiesen. Es ist und bleibt personalintensiv. Der Dienst an kranken oder pflegebedürftigen Menschen wird niemals durch Maschinen oder Computer erledigt werden. Und er kann auch nicht ins Ausland abwandern. Wir sehen in der Gesundheitswirtschaft nicht ein Kostenproblem, sondern wollen sie als Chance für qualitatives Wachstum und Beschäftigung nutzen.

*Die Gesundheitswirtschaft ist eine der wichtigsten Zukunftsbranchen. Aber im Vergleich zu vielen anderen Branchen sind die Wachstumschancen und Handlungsnotwendigkeiten, die sich daraus ergeben, wenig erforscht. Nicht zuletzt deshalb, weil Gesundheit viel zu oft als Kostenfaktor gesehen wird. Was sind die Chancen und Hürden für den Beschäftigungsaufbau im Gesundheitssektor und welche Handlungsmöglichkeiten gibt es, um die Beschäftigungschancen Wirklichkeit werden zu lassen?*

Wir stehen für das Konzept der Bürgerversicherung, um den Gesundheitssektor solide und solidarisch zu finanzieren. Wir müssen Finanzierungs- und Versicherungsstrukturen möglichst eng an die Chancen der Gesundheitsbranche binden, neue und gute Arbeitsplätze zu schaffen.

*Wie können wir sicherstellen und Transparenz darüber schaffen, dass Kostensteigerungen im Gesundheitswesen nachweisbar in den Ausbau von Leistungen und Arbeitsplätzen und nicht in die Profite der Pharmaindustrie oder die Bürokratiekosten der Versicherungsindustrie fließen?*

Auch die Kreativwirtschaft kann ein Zugferd der Binnenwirtschaft werden. Kreativbranchen wie Verlage, Musikwirtschaft, Film, Fernsehen und Bühne, Architektur und Kulturtourismus sind schlummernde Riesen, die wir entwickeln wollen. Die Kreativwirtschaft unterstützt die Modernisierung Deutschlands, sie ist häufig ein Weg zur Integration und bietet vielfältige Chancen für den sozialen Aufstieg. Ihre Beschäftigungsverhältnisse sind häufig freier, projektbezogen oder befristet. Hierin liegen Reiz und Risiko zugleich.

*Brauchen wir zur Entwicklung der Kreativwirtschaft eine gezielte Industriepolitik und eigene arbeitsmarktpolitische Ansätze?*

Deutschland muss durch eine Stärkung seiner Binnenwirtschaft zur Stabilisierung der internationalen Leistungsbilanzen beitragen. Doch das bedeutet nicht, Deutschlands Status als Exportnation angreifen zu wollen. Wir wollen Deutschlands Exportstärke verteidigen und erneuern. Zusätzlich müssen wir diese Stärke durch eine stärkere Binnenwirtschaft, wachsende Importnachfrage und eine Rückführung der globalen Ungleichgewichte nachhaltig stabilisieren. Schließlich hängen die derzeitigen deutschen Überschüsse auch von der Verschuldungsbereitschaft des Auslandes ab. Wenn wir in Deutschland Verschuldung schlecht finden, dann müssen wir auch sagen, dass eine Verschuldung des Auslandes langfristig instabil ist.

*Es muss uns gelingen, die Debatte aus volkswirtschaftlicher Sicht anzugehen: Lohnen sich, volkswirtschaftlich betrachtet, all unsere Kapitalexporte ins Ausland (= Gegenstück unseres Handelsüberschusses) und wie schaffen wir ein günstigeres Klima für Konsum und Investitionen in Deutschland?*

Mit dem Prinzip „Wachstum durch Gerechtigkeit“ beziehen wir klare Position in einer Frage der Verteilungsgerechtigkeit, die sich seit der Krise mit neuer Aktualität und Vehemenz stellt. Die Folgen für das soziale Gefüge sind bedrohlich. 63% der Deutschen sagten Ende 2009, der soziale Zusammenhalt in der Gesellschaft habe in den letzten Jahren abgenommen. Und wenn, wie zu erwarten, das Wirtschaftswachstum 2010 vorerst mager bleibt, werden Verteilungskonflikte immer schärfer (vgl. Managermagazin 16.2.2010: „Kampf ums Geld“). Und das nicht nur zwischen Arbeitnehmern und Kapitaleignern, sondern ebenso zwischen Bund, Ländern und Kommunen (wie sich am koalitionsinternen Streit über Steuersenkungspläne studieren lässt), zwischen armen und reichen Bundesländern und Regionen (wie sich an der Infragestellung des Solidarpakts beispielsweise durch Herrn Fahrenschon zeigt), auch zwischen Jung und Alt, zwischen konsumtiven und investiven Staatsausgaben etc.

*Damit die SPD sowohl in wirtschaftspolitischen als auch in Gerechtigkeitsfragen glaubwürdig bleibt: Was sind unsere Positionen in all diesen unabweislichen Dimensionen des Verteilungskonflikts?*

Hierfür müssen wir Bilanz ziehen, welche Verteilungswirkung die Krise mit sich gebracht hat: zunächst im Zuge der Finanzspekulation im Jahr 2006/7 vor der Krise,

dann während der Krise (ab Mitte 2007) und letztlich seit den bisher umgesetzten Anti-Krisen-Maßnahme.

*Wie hat sich die Einkommensverteilung (z.B. Gini-Koeffizient) in diesen Phasen verändert?*

Auch weltweit hat die Finanz- und Wirtschaftskrise die Konflikte, Abhängigkeiten und Ungleichheiten zwischen alten Industrienationen, neuen aufstrebenden Wirtschaftsmächten und den ärmsten Ländern zusätzlich verdeutlicht.

*Wie verbinden wir unsere Strategie gegen die globalen Ungleichgewichte (der Zahlungsbilanzen) mit einer Strategie gegen die globalen Ungleichheiten (des Wohlstands)?*

## **(5) Wie beleben wir Investitionen?**

Wenn wir verhindern wollen, dass Ersparnisse und Kapital der Deutschen zu großen Teilen ins Ausland fließen oder in mehr oder weniger vertrauenswürdigen Finanzmarktprodukten angelegt werden (siehe Frage (4)), müssen wir die Investitionsbedingungen in Deutschland verbessern. Wir brauchen mehr Investitionen in realwirtschaftliche Innovationen und in grundlegende Zukunftsaufgaben wie Bildung, Forschung und Klimaschutz. Bereits vor der Krise (2006) lag der Anteil der Nettoinvestitionen in Deutschland bei 3,3% und damit bei weniger als der Hälfte des entsprechenden Wertes in den USA und in der restlichen Eurozone.

Joseph Stiglitz hat die Bedeutung der Krise für den Markt-Fundamentalismus mit der Bedeutung des Mauerfalls für den Kommunismus verglichen. Einseitig marktgläubiges Denken ist –hoffentlich– dauerhaft diskreditiert. Der Privatisierungswahn vieler in den letzten zwei Dekaden ist gebrochen. Doch das hinterlässt Unsicherheit über die ordnungspolitische Zukunft vieler Sektoren. Denn ein Konsens über eine neue und bessere Balance von Markt und Staat ist noch nicht gefunden.

*In Folge der Krise muss die Rollenverteilung von Staat und Markt zugunsten des Ersteren neu bewertet werden: Welche Investitionen sind Sache des Marktes und welche sind Sache des Staates? In welchen Bereichen eignen sich welche Mischformen?*

*Welche neuen Finanzierungs- bzw. Fondsmodelle – auch im Zusammenspiel mit Mitarbeiterbeteiligung am Kapital – sind denkbar?*

Die öffentliche Investitionsquote ist zu niedrig. Die Politik muss sich die Frage stellen, in welchen Bereichen öffentliche Investitionen (und Subventionen) vordringlich sind.

In Zeiten äußerster Haushaltsbelastung muss sie priorisieren, um trotz Schuldendrucks die Weichen in die Zukunft stellen zu können. Es ist offensichtlich, dass die schwarz-gelbe Regierung diese Frage entweder gar nicht (in Form gießkannenartiger Aktionen) oder falsch (in Form beispielsweise des Hotel-Privilegs) beantwortet. Doch das entbindet die SPD nicht von der Aufgabe, ihre eigenen Prioritäten deutlich zu machen.

*Welches sind die wichtigsten öffentlichen Zukunftsinvestitionen? Welche Investitionen sind auf welcher Ebene am besten aufgehoben: von den Kommunen bis zur EU? Wie wird sichergestellt, dass die zuständigen Ebenen – Bund, Länder oder Kommunen – dafür ausreichend finanziell ausgestattet sind?*

In Bereichen der privaten Investitionen in Industrie und Dienstleistungssektoren, in Mittelstand und Großkonzernen stellt sich die Frage nach den geeigneten Instrumenten, um realwirtschaftliche Investitionsfreudigkeit anzukurbeln, insbesondere die Rolle des Steuerrechts. Das Steuer- und Abgabensystem kann auf zweierlei Weise die Innovations- und Investitionsanstrengungen von Unternehmen unterstützen: Einerseits durch die Gewährleistung einer stetigen und gezielten staatlichen Investitionstätigkeit – damit sich auch private Investitionen in Deutschland lohnen; und andererseits durch direkte Anreize zur Verstärkung der privaten Investitionstätigkeit. Im Rahmen einer nachhaltigen Wachstumsstrategie kann die Steuerpolitik ihren Beitrag durch einen intelligenten Mix solch direkter und indirekter Unterstützungen liefern.

*Was sind geeignete kurzfristige und langfristige Maßnahmen zur privaten Investitionsförderung? Sofortabschreibungen? Steuergutschriften für Forschung und Entwicklung? Investitionszulagen?*

*Wie muss insbesondere die Steuer- und Finanzpolitik investitionsorientiert ausgestaltet werden? Wie berücksichtigen wir hierbei die Bedürfnisse des Mittelstands als einem zentralen Innovationsmotor in Deutschland?*

*Welche Formen der Investitionsförderung braucht es in „gemischten Projekten“, zum Beispiel in Infrastruktur-Projekten, und wie gestaltet sich in diesen Fällen die Rollenteilung zwischen Staat und Unternehmen? Beispiele: „Breitband AG“, um den Ausbau des Glasfasernetzes voranzubringen? Welche Kooperationen braucht es, um Intelligente Verkehrsmanagement-Systeme ‚auf die Straße‘ zu bringen?*

*Wie finanzieren wir den vorgeschlagenen Fonds „Nachhaltige Zukunftsinvestitionen“ und wie gestalten wir darin einen abgestimmten angebotsorientierten Maßnahmen-Mix zur Investitionssteigerung?*

## **(6) Wie erneuern wir das Innovationssystem des „Modells Deutschland“?**

Das deutsche Produktionsmodell der „diversifizierten Qualitätsproduktion“ ist im Zuge des Bedeutungszuwachses der internationalen Finanzmärkte massiv unter Druck. In der Finanzkrise ist zwar der Finanzsektor an sich ins Blickfeld geraten, aber die noch in der „Heuschreckendebatte“ aufgeworfenen Fragen sind weitgehend außer Acht geraten. Auch wenn der Shareholder-Value-Ansatz nicht ungebrochen auf die deutschen Unternehmen durchschlägt, so führt das ökonomische Kurzfristdenken doch zu Innovationsblockaden und letztlich zu volkswirtschaftlichen Wohlstandsverlusten. Denn das deutsche Produktionssystem mit seinen „komparativen Vorteilen“ der Selbstverwaltung und Sozialpartnerschaft ist im Grunde mit der *shareholder value*-getriebenen Finanzmarktideologie der letzten Jahre unvereinbar. In diesem „Kulturkampf“ (Abelshauser) muss sich Deutschland im Zuge der internationalen Verhandlungen um die Finanzmarktregulierung klar positionieren (siehe Frage 7 unten).

*Wir müssen Bilanz ziehen: Gibt es noch ein deutsches Produktionsmodell? Wo hat das deutsche Produktionsmodell Stärken, die erhalten bzw. geschützt werden müssen?*

*Was bedeutet dies für die Bereiche der Unternehmensführung und der Mitbestimmung, der Finanzierung, interne und externe Arbeitsmärkte und das Bildungssystem?*

Bildung ist ein Leitprojekt von guter Wirtschaftspolitik und gerechter Sozialpolitik. Denn nur wenn jeder Zugang zu exzellenten Bildungsangeboten bekommt, können wir verhindern, dass Deutschland auf ein Dilemma aus hoher Arbeitslosigkeit einerseits und Fachkräftemangel andererseits zusteuert.

Gute Ideen und hochqualitative Produkte sind unsere größte Stärke im internationalen Wettbewerb. Gute Bildung ist der Schlüssel für gute Ideen und qualitative Produktion. Gute Bildung ist die Voraussetzung für Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen. Dadurch erbringt Bildung auch einen herausragenden Beitrag für einen höheren Wachstumspfad unserer Wirtschaft. Soziale Emanzipation, Teilhabe und ökonomische Prosperität gegeneinander auszuspielen, ist kurzsichtig. Je freier die Menschen ihre Talente entwickeln können und je besser sie ihren Weg in die Gesellschaft finden, desto gerechter und kraftvoller auch unsere Wirtschaft.

*Wie setzen wir die „Vorfahrt für Bildung“ in Zeiten klammer Haushalte in die Praxis um? Wie können wir das Versprechen von 10 Mrd. EUR mehr Bundesgeld pro Jahr einlösen? Welche neuen Kooperationsformen mit den Ländern brauchen wir, um institutionelle Investitionsblockaden zu lösen? (Abstimmung mit **Zukunftswerkstätten „Bildung“ und „Integration“**)*

Das Innovationssystem Deutschland funktioniert im Zusammenspiel von mittelständischen wie großen Unternehmen mit Hochschulen und Forschungsinstituten durch exzellente Studienausbildungen, Forschungsleistungen und Ausgründungen. Aber auch staatliche Schwerpunktsetzungen liefern wichtige und zukunftsweisende Impulse, wie das Erfolgsbeispiel EEG zeigt. Die Rolle des Staates als Pionier bzw. Rahmengeber müssen wir klar definieren. Selbst in „markoliberalen“ Ländern wie den USA spielt der Staat eine zentrale Rolle bei der Entwicklung neuer Technologien und Märkte (vgl. z.B. Entwicklung Halbleiterindustrie oder Internet aus staatlich massiv geförderten Rüstungsprojekten).

*Welche Rolle hat der Staat im deutschen Innovationssystem? In welchen Bereichen und Leitmärkten muss der Staat als „Pionier“ Impulse setzen? Wo muss er sich auf die Rahmensetzung beschränken, um Kreativität und Ideen freien Lauf zu lassen? Wie können angebots- und nachfrageorientierte Ansätze sinnvoll gebündelt werden, um Leitmärkte zu fördern? Welche politischen Handlungsfelder können hier genutzt werden, von öffentlicher Beschaffung bis Verbraucherschutzpolitik?*

Es sind die realen Ideen von Ingenieuren und nicht die virtuellen Ideen von Finanzjongleuren, die unsere wirtschaftliche Stärke nach wie vor begründen und die die Treiber unserer Wertschöpfung sind. Mängel in unserem Bildungssystem dürfen nicht zur Bremse für Wirtschaft und Arbeit werden. Für die Erneuerung unseres Produktionsstandorts brauchen wir insbesondere mehr MINT-Absolventen. Wir müssen die Qualität der Lehre verbessern, um mehr Studenten anzuziehen, sie im Studium besser zu betreuen und dadurch die Abbrecherquote zu senken. Qualität und Gründlichkeit unserer Ingenieurausbildung dürfen durch Master- und Bachelorstudiengänge nicht leiden. Ziel muss sein, die fachliche Stärke unserer bisherigen Ingenieurausbildung auch in den neuen Studiengängen mit den Anforderungen einer globalen, multikulturellen Gesellschaft zu verbinden.

*Wie können wir den Bologna-Prozess nutzen und verbessern, um die Stärken unseres Innovationssystems zu schützen und auszubauen? Wie setzen wir das Bologna-Ziel der größeren Berufsrelevanz der Hochschulbildung um, ohne Ablauf und Inhalte der Studien blindlings zu ökonomisieren? Wie binden wir Arbeitgeber in die Bologna-Strategie ein, damit Bachelor-Absolventen im Arbeitsmarkt mit echten Perspektiven dastehen und damit Master-Studiengänge als effektive Zusatzqualifikation genutzt werden, wohlmöglich sogar in anti-zyklischer Ausprägung? (**Abstimmung mit ZW „Bildung“**)*

Wir dürfen trotz Ausbau der Hochschulbildung unser international bewundertes Ausbildungssystem nicht links liegen lassen. Fast ein Drittel der deutschen Erwerbstätigen verfügt heute über keine oder nur über einfache Qualifikationen. Arbeitgeber, die zu wenig in das menschliche Vermögen investieren und Deutschland zum Niedriglohnland machen wollen, schaden sich selbst und der gesamten Wirtschaft. Ausbildung, die den Bedürfnissen diversifizierter Qualitätsproduktion entspricht, ist essentiell für das deutsche Produktionssystem.

Wenn Unternehmen zu wenig Gebrauch davon machen, muss Ordnungspolitik nachhelfen. Die Krise könnte auch hier zu neuen Einsichten führen.

*Was sind die Elemente eines notwendigen neuen Ausbildungspakts? Welche Zielmarken müssen wir mit der Wirtschaft eingehen? Wie können wir im Mittelstand attraktive Bedingungen für Ausbildungsnetzwerke schaffen? (Abstimmung ZW „Bildung“ und „Gut und sicher leben“)*

In einem wichtigen Feld hinkt unser Innovationssystem hinterher: die gleichberechtigte Einbeziehung von Frauen ins Wirtschaftsleben. Frauen verdienen bei gleicher Arbeit pro Stunde 23 Prozent weniger als Männer. In der Privatwirtschaft liegt der Frauenanteil im Top-Management, bei nur fünf Prozent. Auch in den Aufsichtsräten der 200 größten deutschen Unternehmen außerhalb des Finanzsektors sind nur neun Prozent der Aufsichtsratsmitglieder Frauen. Drei Viertel von ihnen vertreten die Arbeitnehmerseite.

Das ist weder gerecht noch im Interesse der Wirtschaft. In Deutschland werden wir infolge des demografischen Wandels bald händeringend nach qualifizierten Arbeitskräften suchen. Deshalb liegt es im Interesse der Unternehmen, die Potenziale der Frauen nicht ungenutzt zu lassen. Denn junge Frauen sind heute so gut qualifiziert wie nie zuvor. Während nur acht Prozent der Frauen zwischen 60 und 65 einen Hochschulabschluss haben, sind es in der Generation der 30-bis 35-Jährigen bereits 18 Prozent. Wir wollen, dass Frauen nun auch stärker in allen Bereichen des Arbeitslebens tätig sind. Noch immer konzentrieren sich junge Frauen bei der Berufswahl auf die sogenannten weiblichen Berufe: Mehr als die Hälfte der Auszubildenden wird Verkäuferin, Arzthelferin, Sekretärin oder Hotel und Gaststättenfachfrau.

*Welchen Rechtsrahmen brauchen wir, um die Lohnlücke endlich zu schließen und „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ zu verwirklichen?*

*Volle Gleichberechtigung fängt oben an. Wie setzen wir unser Ziel 40% Frauen in Aufsichtsräten in die Praxis um? Welche begleitenden Initiativen zur Professionalisierung von Aufsichtsräten – männlich und weiblich – brauchen wir?*

*Welche familienpolitischen Maßnahmen sind vordringlich, um Frauen die gleichberechtigte Teilnahme am Wirtschaftsleben zu ermöglichen? (Abstimmung mit Zukunftswerkstatt „Familie“)*

## **(7) Wie machen wir den Finanzsektor endlich zum Diener der Realwirtschaft und zu einem verlässlichen Eckpfeiler einer „Sozialen Marktwirtschaft“?**

Realwirtschaftliche Investitionen und Innovation brauchen ein Finanzsystem, das sie verlässlich finanziert. Wir sind anderthalb Jahre nach dem Lehman-Zusammenbruch noch weit davon entfernt. In einer Meinungsumfrage vom Ende des Jahres 2009 gaben 97% der Befragten an, dass sie eine größere Kontrolle der Finanzmärkte für wichtig hielten. Aber 58% vermuteten gleichzeitig, dass das nicht in die Tat umgesetzt würde.

Durch die Stabilisierungsmaßnahmen im Bankensektor konnten der Kollaps der Finanzmärkte und katastrophale Folgewirkungen auf die Realwirtschaft verhindert werden. Doch die Menschen haben nicht zu Unrecht das Gefühl, dass sie die Kosten für diese Rettungsaktion tragen (und werden dieses Gefühl noch umso stärker kriegen, je spürbarer die Krise auf dem Arbeitsmarkt wird), während die Banken, von den Zentralbanken quasi zum Nulltarif großzügig mit Liquidität versorgt, wieder satte Gewinne einstreichen. Die letzte Gewinnmeldung der Deutschen Bank ist nur ein Beispiel. Wir können nicht hinnehmen, dass Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden. Und dass die Casino- und Bonus-Mentalität weiter besteht und die Finanzmärkte weit davon entfernt sind, wieder eine im Kern dienende Rolle für die Realwirtschaft zu übernehmen.

Natürlich: Viele Aspekte einer wirksamen Regulierung des Finanzsektors können nur international erfolgen. Aber auch auf nationaler und europäischer Ebene sind Maßnahmen möglich. Der Verweis auf die internationale Ebene darf nicht zu Untätigkeit auf diesen Ebenen führen. Bis zum 27. September 2009 war Deutschland ein Vorreiter in Sachen Finanzmarktregulierung. Die SPD hat Druck gemacht mit dem Abschlussbericht der Projektgruppe „Stabilität und Transparenz auf den internationalen Finanzmärkten“ von Oktober 2008 und dem im Januar 2009 von Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier vorgelegten Papier „Unsere Finanzmarktgrundsätze“. Seit die schwarz-gelbe Regierung in Berlin am Ruder ist, ist Deutschland zum Zaungast geworden. Nur bisweilen erleben wir Phasen von unzusammenhängenden Vorschlägen, die in der Regel „charmante Ideen“ und folgenlos bleiben. Die Sozialdemokraten müssen die Bundesregierung mit klaren Erwartungen unter Druck setzen. Denn was bisher unternommen wurde, hat offensichtlich nicht gereicht.

*Mit dem 14-Punkte-Plan und dem Steinmeier-Steinbrück-Papier haben wir eine starke Basis für unsere Strategie zur Finanzmarktregulierung. Wir müssen Bilanz ziehen: Wo sind wir vorangekommen, was muss noch umgesetzt werden?*

*Und: Wo müssen wir unsere Strategie und unsere Forderungen auf Basis der Erfahrung weiterhin ungebremster Casino-Mentalität erweitern? Viele Vorschläge stehen im Raum. Verpflichtende Bad Bank-Modelle? Die Verpflichtung zu privaten*

*Bankenrettungsfonds? Mehr Durchgriff für die neue europäische Finanzaufsicht? Staatliche Rating-Agenturen? Eindämmung des Eigenhandels?*

*Brauchen wir mehr staatliche Beteiligung an Banken und mehr öffentliche Banken? Was ist ein tragfähiges Geschäftsmodell für die Landesbanken? Oder braucht es völlig alternative Geschäftsmodelle für den Finanzsektor?*

Hinter der Debatte um die Bankenregulierung steht sehr viel mehr als nur eine Bändigung des Finanzmarktsektors, um zukünftige Finanzkrisen zu vermeiden. Es geht um die Neubestimmung der Rolle der Finanzmärkte in einem sozialdemokratischen Wirtschaftssystem überhaupt. Denn: Wer vom Finanzmarktkapitalismus nicht reden will, soll von der Sozialen Marktwirtschaft schweigen!

## **(8) Wie lösen wir die krisenbedingten Zielkonflikte zwischen Zins-, Haushalts-, Konjunktur- und Sozialpolitik?**

Seit etwa Mitte 2007 erschüttert eine Kaskade von Krisen die Weltwirtschaft. Was damals als weltweite Finanzkrise – ausgelöst, wenn auch nicht verursacht, von den Problemen im US-subprime-Hypothekenmarkt – seinen Ausgang nahm, wurde 2008/2009 zur weltweiten Konjunkturkrise und entwickelt sich nun zu einer Krise der öffentlichen Haushalte. Der aktuelle Fall Griechenland macht deutlich, dass die Weltwirtschaft an einem „tipping point“ angekommen ist: Gelingt es den Staaten in einer dritten, international koordinierten Anstrengung, nach den Rettungsaktionen zunächst im Finanzsektor und dann in der Realwirtschaft, jetzt die Krise der öffentlichen Haushalte beherrschbar zu halten?

Oder kommt es zu einer verhängnisvollen Rückkopplung mit den vorangegangenen Stufen der Krisenkaskade? Denkbar sind Rückfälle in beide Krisensituationen: sowohl ein Wiederaufflammen der Finanzkrise, diesmal ausgehend von den Märkten für Staatsanleihen von Ländern, die das Vertrauen der Anleger verlieren, wie eine Verstärkung der realwirtschaftlichen Rezession, wenn die öffentlichen Haushalte infolge der Schuldenkrise jetzt ihrerseits die Investitionen bzw. den öffentlichen Konsum abrupt zurückfahren. In beiden Fällen würde eine dramatische Abwärtsspirale in Richtung einer weltweiten Depression mit unabsehbaren ökonomischen und sozialen Folgen ausgelöst. Damit steht die Wirtschafts- und Finanzpolitik jetzt weltweit vor einer äußerst komplexen und gegenüber den ersten Stufen der Krise qualitativ neuen Herausforderung:

*Wie muss der „goldene Mittelweg“ der Wirtschafts- und Finanzpolitik aussehen, auf dem weder abrupte Konsolidierung die realwirtschaftliche Erholung erstickt noch haltlose Überschuldung eine erneute Krise im Finanzsektor riskiert?*

Waren es in der Finanz- und Konjunkturkrise die Reaktionen der Staaten auf schwerwiegende Störungen der Märkte, die maßgeblich den Verlauf der Krise bestimmten, so ist jetzt ein Punkt erreicht, wo der weitere Lauf der Weltwirtschaft umgekehrt von der Reaktion der Märkte auf das Agieren der Staaten abhängen wird.

Um den richtigen politischen Weg zu bahnen, müssen sich die politischen Entscheidungsträger der vorhandenen Zielkonflikte bewusst werden. Diese Zielkonflikte sind massiv. Auf der einen Seite gibt es einen nicht zu leugnenden Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte. Denn Defizite in zweistelligen Prozentbereichen des BIP werden auf Dauer nicht zu verkraften sein und können ihrerseits weitere Spekulationsphasen auf den internationalen Finanzmärkten auslösen. Viele Finanzmarktakteure und Anleger spekulieren bereits auf den Wertverlust der europäischen Gemeinschaftswährung.

Auf der anderen Seite liegt das prognostizierte Wirtschaftswachstum 2010 zwischen 1,4 und 2 % und wird zu mindestens einem  $\frac{1}{2}$  % von öffentlichen Konjunkturprogrammen getragen, die allerdings 2011 auslaufen sollen, ähnlich wie die arbeitsmarktpolitischen Instrumente die auf bis Mitte 2010 befristet sind. Die Steuerbasis wird sich damit im Jahre 2010 und 2011 nicht wesentlich erholen. Insbesondere auf der kommunalen Seite werden die Gewerbesteuererinnahmen dramatisch einbrechen und damit ein wichtiger Investitionsimpuls gerade in der regionalen Wirtschaft in Frage gestellt.

Die Banken wiederum kommen gerade dort, wo sie dringend gebraucht werden, ihrer Aufgabe nach. Krediten für Unternehmen und Selbständige nicht mehr nach. Die Geschäftsbanken reduzieren ihr Kreditvolumen. Die Zins- und Geldpolitik der Notenbanken, die künftig im Zuge der Inflationsbekämpfung deutlich restriktiver gestaltet werden wird, dürfte ihr übriges dazu beitragen, die Kreditfinanzierung für Unternehmen wie öffentliche Hand zu erschweren.

Und da die Industriegewerkschaften ihrerseits im Jahre 2010/2011 der Beschäftigungssicherung – richtigerweise – den Vorrang geben, wird auch von der Lohnpolitik kein Impuls für eine binnenwirtschaftliche Belebung ausgehen.

So ist derzeit nicht klar absehbar, dass in den Jahren 2010/2011 ein dynamischer, selbst tragender Wirtschaftsaufschwung einsetzt. Deshalb muss die Wirtschaftspolitik Prioritäten setzen.

Doch die aktuelle wirtschafts- und finanzpolitische Diskussion bewegt sich in einem Hin und Her zwischen Konsolidierung, Marktregulierung auf den Finanzmärkten, konjunkturpolitischen Maßnahmen und beschäftigungspolitischen Sonntagsreden. Klar ist schon jetzt: Die schwarz-gelbe Regierung handelt finanzpolitisch desaströs. Finanzpolitische Nachhaltigkeit muss ein Grundpfeiler der sozialdemokratischen

Anti-Krisen-Politik sein, um die große Angriffsfläche auf Schwarz-Gelb nutzen und die eigene Glaubwürdigkeit aufrecht erhalten zu können.

*Die Politik muss Antworten auf den Zielkonflikt geben.*

*Welche Prioritäten müssen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik angesichts der Verschuldung der öffentlichen Hand gesetzt und ergriffen werden, und welche notwendigen konjunktur- und arbeitsmarktpolitischen Impulse sind jetzt angebracht?*

*Wie soll es gelingen zu regulieren, zu konsolidieren, zu investieren, nicht zu inflationieren und gleichzeitig Beschäftigungsbrücken mindestens bis ins Jahre 2011 zu bauen?*

*Auf Basis der mittelfristig-strategischen Fragen (2) bis (7): Woher sollen die Investitionsimpulse für die konjunkturelle Entwicklung der kommenden Jahre kommen? Wie kann ein innovativer Wachstumspfad aussehen?*

## **(9) Was ist Europas Strategie gegen die öffentliche Schuldenkrise und für eine bessere wirtschaftspolitische Koordinierung?**

Eine europäische und internationale Koordination ist auf diesem Weg unerlässlich. Es ist klar geworden, dass die Wirtschaftspolitik in der EU hierfür einer neuen Grundlage bedarf. Wir brauchen eine stärkere wirtschaftspolitische Koordinierung. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt entspricht nicht mehr den heutigen Ansprüchen.

Ebenso wie in der weltweiten Finanz- und Konjunkturkrise nur eine international koordinierte Reaktion einen völligen Kollaps der Weltwirtschaft verhindern konnte, wird auch aus der aktuellen Schuldenkrise nur ein gemeinsamer Weg der Staaten führen. Aufgrund der umfassenden internationalen Finanz- und Handelsverflechtungen gehen von Verschuldungskrisen einzelner Staaten auch Gefahren für die gesamtwirtschaftliche Stabilität aus. Dies gilt ganz besonders für die Partnerstaaten einer Währungsunion. Es bedarf mehr denn je wirtschaftspolitischer Koordinierung. Nationale und transnationale Rechte und Pflichten müssen klar und verlässlich bestimmt werden.

*Wie sieht eine kurzfristig stringente Strategie im Umgang mit Griechenland und anderen akuten Gefahren der Instabilität aus?*

*Welche neuen Formen der wirtschaftspolitischen Koordinierung in der EU sind mittelfristig notwendig, um Ungleichgewichte zwischen Mitgliedsstaaten, die die Stabilität der Eurozone gefährden, zu verhindern? Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts, zum Beispiel durch Erweiterung um Leistungsbilanzdefizite/-überschüsse? Welche Folgen hat das für die europäische Geld- und*

*Währungspolitik? Brauchen wir eine gemeinsame Investitionspolitik nach Zapateros Vorbild? Eine größere Koordinierung der Fiskalpolitik? Gemeinsame Richtlinien bei Mindestlöhnen, Sozialversicherung oder Unternehmensbesteuerung?*

*Wie sieht eine koordinierte finanzpolitische Exitstrategie aus? Sollten finanzpolitisch schwächere Länder früher aussteigen dürfen?*

**ENTWURF**